Auszug aus der Niederschrift
über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 10.09.2026

Zu TOP: 9.8
KI-gestützte Protokollerstellung für Bürgerschaft und Ausschüsse
Einreicher: Christian Rotkowsky, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0068/2026

Herr Rotkowsky erläutert den Antrag AN 0068/2026 und wirbt um Zustimmung. KI könnte eine sinnvolle Unterstützung bei der Nachbereitung der Sitzungen sein. Der Mitarbeitende solle nicht ersetzt, sondern entlastet werden.

Frau Kindler hält den Antrag für innovativ. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei werde dem Antrag folgen.

Frau Graf stimmt zu, dass der Einsatz von KI zur Protokollerstellung durchaus sinnvoll sein könne. Dennoch werde die Fraktion AfD den Antrag ablehnen. Aus Sicht der Fraktion gehöre es zum normalen Verwaltungshandeln, den Einsatz von KI zu prüfen, und es bedürfe keines gesonderten Bürgerschaftsbeschlusses.

Frau Kindler meint, dass aus den Reihen der Bürgerschaft gute Anstöße an die Verwaltung gebracht werden können.

Herr Haack kündigt an, dass die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit unterschiedlich abstimmen werden. Er persönlich werde den Antrag ablehnen.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf bestehe und lässt über den Antrag AN 0068/2026 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einbeziehung des Büros des Präsidenten der Bürgerschaft/Gremiendienstes zu prüfen, ob und unter welchen rechtlichen, datenschutzrechtlichen, technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen eine KI-gestützte Lösung zur automatisierten Transkription von Sitzungen und zur Erstellung von Entwürfen für Sitzungsniederschriften der Bürgerschaft und ihrer Ausschüsse genutzt werden kann.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte betrachtet werden:

- die technische Machbarkeit sowie die Einbindung in die vorhandene Sitzungs- und Konferenztechnik und bestehende Fachverfahren,
- das mögliche Zeit- und Entlastungspotenzial, die Qualität und Zuverlässigkeit der erzeugten Entwürfe sowie die einmaligen und laufenden Kosten,
- die datenschutzrechtlichen, informationssicherheitsrechtlichen und sonstigen rechtlichen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich Verarbeitung, Speicherung, Zugriff und Löschung der Daten sowie des Umgangs mit nichtöffentlichen oder besonders schutzbedürftigen Sitzungsteilen,
- ein etwaiger Anpassungsbedarf der Geschäftsordnung sowie gegebenenfalls erforderliche Beteiligungsverfahren,
- die Voraussetzungen dafür, eine Nutzung der Sitzungsdaten durch Anbieter zu eigenen Zwecken oder zum Training von KI-Modellen auszuschließen,
- Erfahrungen anderer Kommunen sowie die Möglichkeit eines zeitlich begrenzten Pilotbetriebs in einem geeigneten Gremium oder bei ausgewählten Sitzungen.

KI-generierte Transkripte und Entwürfe für Sitzungsniederschriften sollen ausschließlich als Arbeitsgrundlage dienen. Die inhaltliche Prüfung, redaktionelle Bearbeitung und

Verantwortung für die endgültige Sitzungsniederschrift verbleiben bei den zuständigen Stellen.
Das Ergebnis der Prüfung soll dem Hauptausschuss vorgestellt werden und eine Einschätzung enthalten, ob und in welcher Form ein Pilotbetrieb in der Hansestadt Stralsund sinnvoll umgesetzt werden kann.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2026-VIII-06-0284

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 17.09.2026